

Gemeinsame Erklärung anlässlich des Verbändegesprächs im Rahmen der Umweltministerkonferenz 2022

Berlin, 07. Juli 2022

Im Rahmen der Umweltministerkonferenz sind am Donnerstag, 07. Juli, die Vertreterinnen und Vertreter der Länder, des Bundes, der kommunalen Spitzenverbände und der Umwelt- und Naturschutzverbände in der Landesvertretung des diesjährigen Vorsitzlandes Niedersachsen zu dem turnusmäßigen Verbändegespräch zusammengekommen. Dabei hat man sich auf die folgende gemeinsame Erklärung verständigt:

Gemeinsame Erklärung

Die Vertreterinnen und Vertreter der Umweltministerien der Länder, des Bundes sowie die teilnehmenden Verbände stimmen darüber ein, dass angesichts der Klimakrise, der Energieversorgungskrise sowie der Biodiversitätskrise und der daraus folgenden dringenden Notwendigkeit des Artenschutzes die einzelnen Themen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die Lösungen dieser Krisen müssen zusammen gesucht werden und gemeinsame übergreifende Ansätze verfolgen.

Debatten über die Nutzung einzelner Technologien, etwa zur Energiegewinnung und -sicherung, müssen faktenbasiert geführt werden. Es bedarf zur Erreichung der Klimaneutralität und Deckung des Energiebedarfs klarer politischer Energieausbauziele, welche die mittelfristigen Folgen für Umwelt und Natur berücksichtigen.

Für Klimaschutz, Arten- und Naturschutz, Energieeffizienz, Netzausbau und eine beschleunigte Energiewende ist es angesichts des aktuell riesigen Handlungsdrucks unabdingbar, die auch schon vor dem russischen Angriff auf die Ukraine notwendigen Veränderungen in unserem Land mit größter Geschwindigkeit voran zu bringen.

Eine nachhaltige Energieversorgung, Umwelt- und Naturschutz und Klimaschutz sind notwendige Grundlagen für einen Wohlstand für alle und keine widerstreitenden Ziele, im Gegenteil: Sie bedingen einander.

Energieeinsparung und Ressourcenschutz sind primäre Ziele – Öffentlicher Sektor mit Vorbildfunktion für Gebäudesanierung

Die Vertreterinnen und Vertreter der Umweltministerien der Länder und der teilnehmenden Verbände stimmen darüber ein, dass angesichts der aktuellen Herausforderungen der Notwendigkeit, Energie über alle Sektoren hinweg – einschließlich des Gebäude- und Verkehrssektors – einzusparen, und die Effizienz im Sinne eines schonenden Ressourceneinsatzes zu steigern, eine wesentliche Bedeutung zukommt. Entsprechende Einsparkampagnen sollen daher auf allen Ebenen unterstützt und auch der Kontakt zu den ausführenden Gewerken, etwa des Handwerks, insbesondere mit Blick auf die großen Einsparpotentiale im Gebäudesektor, gezielt befördert werden. Um Energieeffizienz und Einsparung zu fördern, sollte auch die Einführung zusätzlicher ordnungspolitischer Instrumente geprüft werden.

Es besteht ferner Einigkeit über die Notwendigkeit einer energetischen Sanierungsoffensive für öffentliche Gebäude, insbesondere Schulen und Kindergärten. Begonnen werden muss grundsätzlich bei den Gebäuden, die sich im schlechtesten Zustand befinden, da hier die Energieeinsparpotenziale am höchsten sind.

Ausbau der Erneuerbaren Energien und Arten- und Naturschutz in Einklang bringen – Mehr Flächen für Ausbau, mehr Mittel für Schutzprojekte

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat höchste politische Priorität. Hierbei gilt es, flächeneffiziente Nutzungen im Innen- und Außenbereich anzustreben. Zukünftig gilt es, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Eine auskömmliche Personal- und Sachmittelausstattung auf allen Ebenen ist in diesem Kontext essenziell. Mit Blick auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien – und hier insbesondere der Windenergie an Land und der Photovoltaik – könnten die von der EU geplanten „Go-To-Areas“ zu einer Verfahrensstraffung und -beschleunigung beitragen.

Erleichterter Ausbau der Windenergie setzt verstärkten Artenschutz in der Fläche und Akzeptanz vor Ort voraus.

Um dem dramatischen Artensterben endlich Einhalt gebieten zu können, müssen Initiativen zum Arten- und Naturschutz finanziell nachhaltiger ausgestattet werden. Die Ankündigung des Bundes, im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ für den natürlichen Klimaschutz, der auch der Artenvielfalt zugutekommt, 4 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen, findet großen Zuspruch. Dies kann allerdings nur der Einstieg in eine bessere Mittelausstattung sein. Mit einer besseren Mittelausstattung sollten zugleich ergebnisorientierte und möglichst unbürokratische Förderverfahren verbunden sein.

Um die Grundlagen für die Beurteilung des Tötungsrisikos von Vogel- und Fledermausarten an Windenergieanlagen zu verbessern, ist eine verstärkte und systematische Ermittlung und Auswertung zu Kollisionen windkraftsensibler Tierarten unerlässlich.

Die Beteiligten erkennen ebenfalls die Notwendigkeit einer auskömmlichen finanziellen Beteiligung von Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern zur Verbesserung der Akzeptanz Erneuerbarer Energien an. Entsprechende Anreize gilt es sowohl auf Bundes- sowie auf Landesebene zu prüfen und zu fördern.

Verkürzte Fristen: Nebeneinander von beschleunigter Planung und rechtssicherer naturschutzfachlicher Prüfung sicherstellen

Bei der Frage des Umgangs mit verkürzten Beteiligungsfristen, insbesondere bei Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), stimmen die Beteiligten darin überein, dass weiterer Klärungsbedarf vor allem zwischen Bund und EU-Kommission besteht. Die Einhaltung des Umwelt- und Naturschutzrechts muss gerade im Lichte der dringend notwendigen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen sichergestellt bleiben, um die Rechtssicherheit von Genehmigungen zu gewährleisten.

Kurzfristige Signale für Energieeinsparung und Klimaschutz im Verkehrssektor nötig

Kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrsbereich müssen zudem ebenso Ziel sein, wie ein Stopp aller Schienen-Streckenstilllegungen bzw. Aufgabe von Schienenverkehren ohne zwingenden Grund.

Bessere Voraussetzungen für die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz schaffen

In der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, den Ländern weitere Finanzierungsmöglichkeiten zur Bewältigung der zusätzlichen Herausforderungen, insbesondere zur Unterstützung des Arten- und Naturschutzes, zu eröffnen.

Ausbau Transformationsinfrastruktur beschleunigen

Die Vertreterinnen und Vertreter der Umweltministerien der Länder und die teilnehmenden Verbände sind sich darüber einig, dass vordringlich die Planung und der Ausbau einer an der Klimaneutralität ausgerichteten Transformationsinfrastruktur beschleunigt werden muss.

Angesichts der anhaltenden Herausforderungen in der aktuellen Krisensituation halten es die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Verbändegesprächs für erforderlich, weiter in engem Austausch zu bleiben. Sie haben dafür nach der Sommerpause einen Folgetermin zum Verbändegespräch vereinbart.